

# UNSER PROGRAMM ZUR KOMMUNALWAHL 2020

## AfD KREISVERBAND KÖLN



Köln  
zuliebe 

**AfD**  
Köln 

Präambel	.....	02
<b>1.</b> Wirtschaft und Finanzen	.....	03
<b>2.</b> Kunst und Kultur	.....	04
<b>3.</b> Bildung, Familie und Soziales	.....	05
<b>4.</b> Zuwanderung und Integration	.....	08
<b>5.</b> Ordnung und Sicherheit	.....	09
<b>6.</b> Wohnen, Verkehr und Infrastruktur	.....	11
<b>7.</b> Umwelt und Klima	.....	13
<b>8.</b> Gesundheit und Pflege	.....	14

## Präambel

### **Alle Politik beginnt mit der nüchternen Bestandsaufnahme dessen, was ist**

In ernster Sorge vor politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in Deutschland hat sich 2013 die Partei Alternative für Deutschland gegründet. Die europäische Schulden- und Währungskrise, die ungesteuerte Migration und die zunehmende Beugung von Recht und Gesetz haben viele Menschen davon überzeugt, dass die etablierten Parteien zunehmend nicht imstande oder willens für eine transparente, bürgernahe und gemeinwohlorientierte Politik sind. Die etablierten Parteien verweigern sich immer mehr, grundlegende Fakten, Zusammenhänge und Fehlentwicklungen in unserem Land und unserer Stadt zur Kenntnis zu nehmen. Dies gilt in besonderem Maße für Köln und betrifft alle Politikbereiche.

Als neue und rasch wachsende politische Kraft, die sich aus der breiten Mittelschicht speist, streben wir Alternativen zu einer angeblich alternativlosen Politik an. Im Rat der Stadt Köln werden wir weiterhin unseren konstruktiven Beitrag zum Gemeinwohl leisten und dort die Stimme erheben, wo unbequeme Wahrheiten ausgesprochen werden müssen: **Alle Politik beginnt mit der nüchternen Bestandsaufnahme dessen, was ist!**

Politik muss aber auch die Erfahrungen der Vergangenheit berücksichtigen. So haben wir erfahren, dass die regierenden Parteien von 2014 bis 2020, also sechs Jahre lang, ihr Mandat als Blankoscheck verstanden und oft Entscheidungen getroffen haben, die nicht durch ihr Parteiprogramm abgedeckt waren. Dadurch fehlte ihnen oftmals die Legitimation der Wähler. Wir fordern daher gerade in solchen Fällen und generell mehr Bürgerentscheide nach Schweizer Vorbild.

## 1. Wirtschaft und Finanzen

### Wir fordern einen grundlegenden Wechsel hin zu einer soliden Haushaltspolitik

Möglichkeiten zur steuerlichen Begünstigung von Wohnungsbau nutzen.

### Wir wollen langfristig ein schuldenfreies Köln

Die Verschuldung unserer Stadt von über 5 Mrd. Euro und auch der damit einhergehende Schuldendienst wachsen beständig an. Dies schränkt die Handlungsfreiheit der Kommune immer weiter ein und belastet die künftigen Generationen in unverantwortlicher Weise.

Gleichzeitig verfügt die Stadt über einen großen Bestand an Eigentum und Beteiligungen. Für eine Daseinsvorsorge mit Augenmaß sind jedoch auch einige Beteiligungen entbehrlich.

Zudem werden Führungspositionen in kommunalen Unternehmen nicht immer nach der fachlichen Qualifikation, sondern häufig nach Parteibuch vergeben.



#### Wir fordern:

- » Erarbeitung und Umsetzung eines „Plans 2030“ zur Rückführung der Schulden der Stadt Köln.
- » Maßvoller Verkauf von städtischem Eigentum.
- » Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamtes.
- » Verkleinerung der politischen Gremien und der Verwaltung.
- » Besetzen von Führungspositionen in städtischen Beteiligungen ausschließlich nach fachlicher Qualifikation („Bestenauslese“).
- » Verbesserte Gewinnabführung und Steuerung städtischer Beteiligungen.

### Wir wollen eine bessere Berücksichtigung der Belange der Kölner Wirtschaft im Handeln von Rat und Verwaltung

Handel, Handwerk und Wirtschaft in Köln sind wesentliche Grundlagen unseres Wohlstandes. Sie schaffen Arbeitsplätze und zahlen einen bedeutenden Anteil der Steuern. Kleine und mittelständische Unternehmen haben aber weder die Zeit noch das Geld, sich mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit zu wenden. Daher finden sich ihre Forderungen und Wünsche oftmals nicht in der politischen Diskussion.

#### Wir fordern:

- » Schnelle und qualifizierte Reaktionen auf Beschwerden von Unternehmen.
- » Rücksicht auf die Belange bestehender Gewerbe- und Industriebetriebe.
- » Neue Gewerbe- und Industrieflächen im Stadtgebiet ausweisen.

### Wir wollen Wirtschaftsförderung durch gute Infrastruktur und Freiräume für Wachstum

Mittelständische Unternehmen sind das Herz unserer Wirtschaft. Sie brauchen Freiräume für Wachstum und Veränderung. Dazu gehören auch attraktive Rahmenbedingungen in den Kommunen. Ein gutes Angebot an Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindungen, leistungsfähige Internetzugänge sowie eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung sind wichtige Standortfaktoren.

## Wir sind für eine effiziente Kommunalwirtschaft bei fairem Wettbewerb

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommune ist auf den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu begrenzen und darf in keinem unlauteren Wettbewerb mit privatwirtschaftlichen Angeboten stehen.

Öffentliche Aufgaben wie die Ver- und Entsorgung, die Gesundheitsvorsorge und der ÖPNV müssen durch die Kommune sichergestellt, aber nicht zwingend von ihr selbst erbracht werden.

## 2. Kunst und Kultur

### Wir wollen mehr Bürgerbeteiligung und Kostenkontrolle bei kulturellen Großprojekten

Kultur ist ein positiver Standort- bzw. Wettbewerbsfaktor für unsere Stadt. Die desolante Haushalts-situation unserer Stadt zwingt jedoch zur Konsolidierung, leider auch im Kulturbereich. Das soll möglichst nicht zu Lasten der Qualität geschehen. Neubaumaßnahmen und Großprojekte, deren städtische Finanzierung noch viele Jahre den Kölner Haushalt belasten wird, sollen nur nach ausreichender Bürgerbeteiligung und aufgrund eines erklärten Bürgerwillens umgesetzt werden.

#### Wir fordern:

- » Bürgerbeteiligung bei kulturellen Großprojekten, Festlegung einer „Wertschwelle“ für die Beteiligung der Bürger (generationsübergreifende Belastungen).
- » Bürgerliche Ideenwettbewerbe für Projekte fördern und einbeziehen.
- » Bürgerinitiativen frühzeitig in Planungsprozesse einbinden.
- » Ergebnisoffene Prüfung einer Fusion der beiden Opernhäuser von Köln und Bonn.
- » Städtische Ausschreibungen für ein neues Kölner Marketing-Konzept.

### Wir wollen Stiftungen und das Ehrenamt stärker fördern

In Zeiten leerer Kassen sind ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement und Mäzenatentum unverzichtbar. Gerade im Kunst- und Kulturbetrieb gilt es, solche Fördermöglichkeiten zu gewinnen, um die künstlerische Freiheit nicht dem Diktat von Gewinnmaximierung oder staatlicher Kontrolle unterwerfen zu müssen.

#### Wir fordern:

- » Förderung des Stiftungsgedankens.
- » Stärkung des Ehrenamts sowie des bürgerschaftlichen Engagements durch Schaffung stärkerer Anreize wie kostenlosen ÖPNV, Dankesfeiern und Auszeichnungen von Bürgern, Bürgervereinen und Initiativen.

### Wir wollen Köln als lebens- und liebenswerte Kultur- und Medienstadt stärken

Kultur muss für die Bürger erlebbar bleiben. Der Kölner Karneval, die lit.Cologne, das Film Festival Cologne, die Kölner Lichter und der Cologne Pride sind identitätsstiftende Veranstaltungen von überregionaler Bedeutung. Darüber hinaus soll das wirtschaftliche Überleben der freien Theater- und Kleinkunstszene gesichert werden. Auch Stadtteil- und Veedelsfeste leisten einen Beitrag zur Kultur und Brauchtumpflege.

**Wir fordern:**

- » Weniger bürokratische Hürden für die freie Kunst- und Theaterszene und angeschlossene Gastronomiebetriebe.
- » Köln braucht kein zweites subventioniertes Filmfestival. Stattdessen muss sein größtes Filmfestival, die Film Festival Cologne, gestärkt werden.
- » Die Finanzierung von Bürgerhäusern und Fortbildungseinrichtungen wie dem Kölner Filmhaus ist durch private Investoren langfristig sicherzustellen.
- » Kirchliche Festtage wie Fronleichnam und die Mülheimer Gottestracht müssen erhalten bleiben.
- » Keine Umbenennung von gewachsenen kulturellen Feiertagen und Festen (z. B. St. Martin) sowie Straßen und Plätzen.
- » Forderungen nach einer Abschaffung oder Verlagerung von historischen Denkmälern umstrittener oder vermeintlich unwichtiger Persönlichkeiten sind zu hinterfragen und öffentlich zu diskutieren. Keine Bevormundung durch scheinbar unabhängige Gutachter im Auftrag der Stadt, die letztlich entscheiden, was kulturell und künstlerisch wertvoll und somit erhaltungswürdig ist und was nicht.

**Wir wollen unsere Kultur pflegen und ideologiefrei weiterentwickeln**

Kultureinrichtungen zum Erreichen dieser Ziele werden wir intensiv fördern. Die Förderung ideologisch fragwürdiger „Diversity“- und „Gender“-Ideologien auf Steuerzahlerkosten lehnen wir ab.

**Wir fordern:**

Keinesfalls dürfen Kultur- und Bildungseinrichtungen zu Orten der weltanschaulichen oder politischen Indoktrination werden. Die AfD sieht diesen Grundwert als gefährdet an und setzt sich für Maßnahmen zur Einhaltung des Neutralitätsgebotes in Schulen, Kultur- und Bildungseinrichtungen ein.

### 3. Bildung, Familie und Soziales

**Wir wollen der Bildung unserer Kinder wieder allererste Priorität geben**

Bildung ist das höchste Gut, das man Heranwachsenden mit auf den Lebensweg geben kann. Die AfD steht auf allen Ebenen für ein differenziertes und vielseitiges Schulsystem ein, das den Humboldt'schen Bildungstraditionen entspricht und unterschiedlichen Begabungen gerecht wird.

**Wir fordern:**

- » Keine Gleichmacherei und Nivellierung von Leistungsniveaus.
- » Ja zum deutschen Erfolgsmodell der dualen Berufsausbildung – Nein zur Inflation von Bildungsabschlüssen.
- » Nicht nur Abitur und Studium dürfen zum beruflichen Erfolg führen. Auch mittlere Bildungsabschlüsse und Ausbildungsberufe verdienen gesellschaftliche Anerkennung.

**Wir wollen den Zustand und die Qualität unserer Schulen umgehend verbessern und auf den neuesten Stand bringen**

Die Kölner Schulen befinden sich teils in einem desolaten Zustand. Die Bausubstanz erfordert weitgehende Renovierungen, die Kapazitäten sind unzureichend, Technik und Lehrmaterial sind veraltet oder mangelhaft. Für die Ausbildung unserer Kinder müssen massive Investitionen getätigt werden, damit sie auf einem zeitgemäßen Stand und in einer guten Atmosphäre erfolgen kann.

**Wir fordern:**

- » Ein groß aufgestelltes und finanzstarkes Investitionsprogramm mit klarer Prioritätensetzung für die Kölner Schulen und Ausbildungseinrichtungen muss geschaffen werden. Die bauliche Substanz muss wiederhergestellt, die Einrichtungen modernisiert und Grundlagen für eine digitale Infrastruktur bereitgestellt werden.
- » Kölns Schulen müssen auf den aktuellen Stand der digitalen Entwicklung gebracht werden. So muss jede Schule über eine leistungsstarke Internetversorgung verfügen. Es müssen die nötigen Gerätschaften und Lehrmaterialien bereitgestellt werden, damit nicht nur hochwertiger Informatikunterricht gewährleistet wird, sondern auch die restlichen Bereiche der Ausbildung neuartige Lehrmethoden nutzen können.
- » Darüber hinaus müssen genügend Mittel zur Finanzierung von Schulungsmaßnahmen bereitgestellt werden, damit die Geräte bedient werden können. Auch muss jede Schule einen Berater haben, der für die Lösung technischer Probleme und die Einführung und Aktualisierung der Programme zuständig ist.

**Wir wollen die Schulen an die Herausforderungen unserer Zeit anpassen**

Unser Schulsystem steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen. So muss eine ordentliche Beschulung von Flüchtlings- und Migrantenkindern gewährleistet, Problemen mit Gewalt, Kriminalität und Disziplinlosigkeit begegnet und die bestmögliche Förderung von Schülern mit speziellen Bedürfnissen erreicht werden.

**Wir fordern:**

- » Die Qualität des Regelunterrichts darf nicht unter dem Zustrom an Migranten und Flüchtlingen leiden. Ein ausreichendes Kontingent an speziellen Förderklassen muss zur Verfügung stehen, um das Bildungs- und Sprachniveau von Flüchtlings- und Migrantenkindern schnellstmöglich auf den Stand ihrer Altersgenossen zu heben.
- » Gewalt und Kriminalität an Schulen muss früh begegnet werden. Hierzu ist ein gutausgebautes System der Schulsozialarbeit, funktionierende Integrationsmaßnahmen sowie konsequente Disziplinarmaßnahmen nötig. Negativen Entwicklungen darf kein freier Lauf gelassen werden.
- » Inklusion darf nie ein ideologischer Selbstzweck werden. Stets muss das Wohl des Schülers und die bestmögliche Ausbildung im Mittelpunkt stehen. So setzen wir uns für den Beibehalt des hervorragenden deutschen Förderschulsystems ein und sehen rationale Inklusion als eine Ergänzung.
- » Schwimmunterricht für alle Schüler muss gewährleistet werden. Hierzu muss die Stadt die nötige Infrastruktur bereitstellen, Lehrpersonal muss ausreichend vorhanden sein. Ausnahmen aufgrund religiöser oder kultureller Vorbehalte dürfen nicht akzeptiert werden.

**Wir wollen den Erhalt von Förderschulen in Köln**

Die sogenannte Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Lernproblemen, von Schülern mit geistiger Behinderung oder mit Verhaltensauffälligkeiten dient keiner Seite und überfordert sowohl das Lehrpersonal als auch die Mitschüler ohne Förderbedarf. Auch hier ist Differenzierung und gezielte Förderung der bessere Weg.

**Wir fordern:**

- » Gute Bildung braucht eine gute Ausstattung unserer Schulen mit Personal, Räumlichkeiten und Material. Die AfD setzt sich dafür ein, den Sanierungsstau bei Schulgebäuden in Köln abzubauen und die Digitalisierung dort, wo sie Sinn macht, zu fördern.
- » Um notwendige Fachkräfte für Handwerk, Industrie, Wissenschaft und Forschung auszubilden, setzt sich die AfD für gut ausgestattete Berufsschulen mit einem erweiterten Ausbildungsangebot ein.

### Wir unterstützen kommunale Vereinsarbeit

Schulsporteinrichtungen werden aus Kostengründen immer häufiger geschlossen, so dass sie Sportvereinen und anderen Vereinen nicht mehr zur Verfügung stehen. Solche Angebote sind jedoch als Teil einer sinnvollen Freizeitgestaltung unverzichtbar. Sie lassen bürgerschaftliches Engagement zu und fördern Bildung und Gesundheit.

#### Wir fordern:

- » Erhaltung bzw. Förderung der Zusammenarbeit von Sport- und anderen Vereinen.
- » Förderung ehrenamtlichen Engagements, z. B. durch Vergünstigungen in öffentlichen Einrichtungen oder kostenloser Nutzung des ÖPNV.

### Wir wollen die Einrichtung einer Familienvertretung

Es gibt in Köln eine „Seniorenvertretung“, eine „Schwerbehindertenvertretung“ und einen „Integrationsrat“, aber keine „Familienvertretung“. Wenn man bedenkt, dass starke und intakte Familien die Zukunft unseres Gemeinwesens sichern, spricht allein dieser Befund Bände über die politische Prioritätensetzung in unserer Stadt.

#### Wir fordern:

- » Um die kommunale Familienpolitik aufzuwerten, wird eine Familienvertretung eingerichtet. Bisher sind Familienthemen auf verschiedene Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung (Sozial-, Jugend-, Wohnungs-, Bau-, Kultur- und Schulamt) verteilt und werden damit häufig von den jeweiligen Ressortinteressen überlagert.
- » Die Interessen der Familien müssen im laufenden Politik- und Verwaltungsbetrieb durch die Familienvertretung wahrgenommen werden.

### Wir wollen freie Fahrt für Kinder im öffentlichen Nahverkehr

Die AfD will Kinder in den Bereichen Kunst, Kultur und Sport fördern sowie ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Miteinander sichern. Familien stehen oft vor großen logistischen und finanziellen Problemen.

#### Wir fordern:

Kinder bis zum 12. Lebensjahr werden von den Fahrkosten im öffentlichen Nahverkehr im Kölner Stadtgebiet freigestellt.

### Wir wollen Frauenhäuser ausreichend finanzieren

Infolge der Migrationskrise seit 2015 ist der Anteil an Ausländerinnen und Frauen mit Migrationshintergrund in den Frauenhäusern dramatisch gestiegen und beträgt vielerorts weit über 50 %. Viele der Einrichtungen sind überfüllt oder können keine Hilfe geben. Die Mittel für die öffentliche Finanzierung von Frauenhäusern müssen daher aufgestockt werden, um misshandelten oder von häuslicher Gewalt bedrohten Personen ausreichenden Schutz zu gewährleisten.

#### Wir fordern:

- » Verbesserung der Ausstattung von Frauenhäusern.
- » Ideologiefreie Benennung der Ursachen der gestiegenen Nachfrage nach Plätzen in Frauenhäusern und konsequente Bekämpfung dieser Ursachen.

Werden unsere gesellschaftlichen Normen gebrochen, wie es vielfach auch in Köln beispielsweise bei der Unterdrückung muslimischer Frauen geschieht, dürfen unsere Stadt und unsere städtischen Behörden nicht tatenlos zusehen.

Dies gilt auch für die Entstehung von Normvorstellungen gegenüber anderen Ethnien, Religionen und sexuellen Neigungen. Als Beispiel sei hier die zunehmende Gewalttätigkeit gegen Homosexuelle genannt. In diesem Zusammenhang ist aber auch der Hass gegen Mitbürger mit Migrationshintergrund zu nennen, die sich offen gegen eine zunehmende Intoleranz und Rückschrittlichkeit aussprechen.

## 4. Zuwanderung und Integration

Die AfD steht für eine qualifizierte Zuwanderung und ein funktionierendes Asylsystem. Um dies auch in Zukunft zu gewährleisten, ist es unabdinglich, dass wir selbst entscheiden, wer zu uns kommt. Gleichwohl schätzen wir alle rechtmäßig zugewanderten Mitglieder unserer Gesellschaft, die sich integrieren, unsere freiheitlich-demokratischen Werte teilen und durch Anstrengung und Fleiß zum Wohlstand unseres Landes und zum Erhalt unserer rechtsstaatlichen Ordnung beitragen. Die Utopie der multikulturellen Gesellschaft betrachten wir als gescheitert. Wir wünschen uns ein allmähliches Zusammenwachsen aller Bürger – dies bedingt einen kontrollierten und quantitativ begrenzten Zuzug von Zuwanderern.

Die Kommunen sind durch das derzeitige Verteilungssystem für Asylbewerber, den sogenannten Königsteiner Schlüssel, unangemessen benachteiligt. Die Verteilung berücksichtigt weder die finanzielle Situation einer Kommune noch den zur Verfügung stehenden Wohnraum vor Ort. Dies führt in fast allen Fällen zu hohen lokalen Kosten, die nur ungenügend von höherer Ebene erstattet werden. Außerdem führt eine solche Praxis zur weiteren Verknappung des Wohnraumangebotes.

### Wir fordern:

- » Änderung des Königsteiner Schlüssels mit dem Ziel, die spezifische Situation der einzelnen Kommune besser zu berücksichtigen.
- » Die AfD fordert einen umfassenden und automatisierten Datenaustausch und Abgleich (Monitoring) mit Bundes- und Länderbehörden, um Asylmissbrauch effizienter zu bekämpfen.
- » Wir werden uns auch auf kommunaler Ebene für eine lückenlose und präzise Erfassung und Identifizierung aller Asylbewerber einsetzen. Im Falle von Personen, die behaupten minderjährig zu sein, es aber augenscheinlich nicht sind, befürworten wir eine verpflichtende Altersuntersuchung. Wir fordern, volljährige vollziehbar Ausreisepflichtige, insbesondere Straftäter, schon vor dem Abschiebungstermin mit einer elektronischen Fußfessel überwachen zu lassen, um zu verhindern, dass sie sich ihrer Abschiebung entziehen.
- » Wir setzen uns dafür ein, Integrationsmaßnahmen für lediglich temporär Bleibeberechtigte zu beenden. Stattdessen muss die Vorbereitung auf eine Heimkehr nach Wegfall des Aufenthalts- bzw. Fluchtgrundes im Vordergrund stehen, so dass am Wiederaufbau im Herkunftsland mitgewirkt werden kann. In Fällen unverhältnismäßiger Härten können Ausnahmen gemacht werden. Grundsätzlich lehnen wir jedoch den sogenannten „Spurwechsel“ ab. Ein illegaler Grenzübertritt darf nicht in Legalität münden. Kettenduldungen müssen beendet werden.
- » Wer legal Schutz erhält, hat Anspruch auf Nahrung, Obdach, medizinische Behandlung und Sicherheit. Es besteht kein automatischer Anspruch auf gleichwertigen Zugang zu Sozialleistungen, die von unseren Steuer- und Beitragszahlern finanziert werden. Die AfD wird sich auch in Köln dafür einsetzen, humanitär gebotene Leistungen ausschließlich in Form von Sachleistungen zu erbringen. Gleichzeitig setzt sich die AfD auf der Bundesebene für die Anpassung der Gesetzeslage ein.
- » Zu den gescheiterten Integrationskonzepten in NRW gehören die 1994 eingeführten Ausländerbeiräte (2009 umbenannt in Integrationsräte). Sie sind fehlerhaft konzipiert, weil sie die Verschiedenheit der einzelnen Migrantengruppen von der deutschen Bevölkerung betonen und so ihre Abgrenzung befördern. Sie sind undemokratisch, weil deutsche Staatsbürger ohne

Migrationshintergrund gar kein Wahlrecht haben. Integrationspolitisch können sie keinerlei Erfolge vorweisen und erreichen nicht einmal ihre eigene Zielgruppe, denn die Beteiligung an den Integrationsratswahlen ist verschwindend gering. Die Integrationsräte sind daher auch in keiner Weise repräsentativ – während die Selbstsegregation nach ethnischen Merkmalen im Land fortschreitet.

- » Die AfD spricht sich gegen die Selbstdeklaration nordrhein-westfälischer Städte und Kommunen als „sichere Häfen“ für Migranten aus. Die Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens liegt gemäß Dublin-III-Verordnung vielmehr beim Ersteinreiseland in die EU. Die Entscheidung über die Aufnahme von Migranten im Rahmen des Asyl- und Aufenthaltsrechts fällt gerade nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen.
- » Die AfD setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, die rechtliche Grundlage für ein Verbot der Vollverschleierung im öffentlichen Raum zu schaffen.

### Wir wollen einen offenen Umgang mit Kosten und Möglichkeiten der Flüchtlingsversorgung

Auch wir befürworten humanitäre Hilfe und eine zeitlich begrenzte Aufnahme von politisch Verfolgten. Viele Städte und Gemeinden sind mit der Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung und versorgung jedoch überfordert. Zudem herrscht Intransparenz gegenüber den Bürgern der Stadt Köln in Fragen der Flüchtlingsunterbringung. Dies gilt sowohl hinsichtlich der konkreten Orte als auch der Kosten der Unterbringung und Versorgung.

Auch kommt das Land Nordrhein-Westfalen seiner Verantwortung in diesem Punkt nicht ausreichend nach. Köln bleibt Jahr für Jahr auf ca. 50 % der Kosten der Flüchtlingsunterbringung sitzen. Bis 2023 sind dies Kosten von 800 Mio. Euro, die unseren städtischen Haushalt belasten. Hierbei sind Mehraufwendungen für Sozialarbeit, medizinische Versorgung, Sicherheit etc. noch gar nicht berücksichtigt!

#### Wir fordern:

- » Frühzeitige und vor allem aufrichtige Einbeziehung der Bürger in die Planung von Asyl- und Notunterkünften.
- » Klare Formulierung der Kosten und Lasten humanitärer Hilfe und entsprechender Positionen der Stadt Köln gegenüber Bund und Land.
- » Offene und faire Auseinandersetzung mit Protesten und Gegenmeinungen.
- » Investitionen und laufende Kosten in Unterbringungsstätten müssen durchgängig auf den Prüfstand gestellt werden. Wir lehnen Investitionen in Kölner Notunterkünfte über ein humanitäres Mindestmaß hinaus ab. Dies steht im Interesse aller wahrhaft Notleidenden, die Angst um ihre körperliche Unversehrtheit haben.
- » Die Toleranz Kölns bei der Aufnahme von Notleidenden darf nicht missbraucht werden. Bei der Aufklärung von Asylmissbrauch und der Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen haben daher auch insbesondere städtische Einrichtungen aktiv mitzuwirken und zu einer reibungslosen Abschiebung beizutragen.

## 5. Ordnung und Sicherheit

### Wir unterstützen die Polizeiarbeit in Köln ohne ideologische Scheuklappen

Die kommunale Sicherheitspolitik muss darauf ausgerichtet sein, allen Bürgern jederzeit die ungefährdete Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Kernelemente sind dabei die Präsenz der Polizei und entsprechende Ermittlungsmöglichkeiten, etwa durch eine gezielte Videoüberwachung. Hierbei ist das Gleichgewicht zwischen Sicherheit, Prävention, Strafverfolgung und den bürgerlichen Freiheitsrechten zu wahren.



**Wir fordern:**

- » Prävention verbessern durch eine gezielte Videoüberwachung im öffentlichen Raum.
- » Abstimmung zwischen Ordnungsamt, weiteren Behörden und Polizei verbessern; Einsatz von bürgernahen Polizisten als „Veedelsbeamten“.
- » Herkunft der Täter ohne ideologische Scheuklappen benennen.
- » Konsequente Strafverfolgung durch genügend Personal, schnelle Verfahren und eine umfangreiche Einsatzstrategie ermöglichen.
- » Die Stadt muss den Ordnungshütern den Rücken stärken. Moderne und dem Einsatz entsprechende Ausrüstung muss zur Verfügung stehen, Angriffe auf Beamte und Mitarbeiter konsequent verfolgt werden. Politik und Stadtspitze sollten stets hinter den Frauen und Männern von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten und Ordnungsamt stehen.

**Wir wollen eine deutliche Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit in Köln**

Köln ist in der öffentlichen Wahrnehmung in Bezug auf Sicherheit und Sauberkeit zum „Palermo am Rhein“ verkommen.

Auf diese Weise nimmt das Image der Stadt auf nationaler und internationaler Ebene Schaden. Als beliebtes Touristenziel und bedeutender Messestandort im internationalen Wettbewerb kann sich unsere Stadt dies nicht leisten. Das Vermeiden von Müll an öffentlichen Plätzen, Wegen und Straßen, egal wo in Köln, muss konsequent durchgesetzt werden. Das gilt insbesondere für die Entsorgung von Müll aus dem Auto heraus (sogenanntes „Littering“).

**Wir fordern:**

- » Umweltschutz beginnt beim eigenen „Wegwerfverhalten“. Bereits jetzt drohen z. B. nach der Kölner Satzungen spürbare Geldbußen für jegliche Art der „Vermüllung“ (weggeworfene Zigarettenkippen, Verpackungen, wilde Müllkippen, Graffiti, Wildpinkeln, Littering etc.). Solches nicht akzeptables Benehmen muss aber auch tatsächlich geahndet werden. Die sichtbare Präsenz der Ordnungskräfte ist daher deutlich zu erhöhen: erhöhter Einsatz der AWB, etwa in öffentlichen Parkanlagen, Vorgehen gegen „Graffiti“, Aktionen zur Sauberkeit im öffentlichen Raum.
- » Absprache mit der Deutschen Bahn, der KVB und weiteren zuständigen Stellen zur Sauberkeit im Umfeld von Gleisanlagen, Bahnhöfen usw.
- » Schwerpunktsetzung von Ordnungsamt und Stadtreinigung an den Ringen und in der Altstadt bzw. rund um den Dom.
- » Vorgehen gegen Personen, die durch aggressives Betteln, exzessiven Alkohol- und Drogenkonsum ihre Mitmenschen belästigen.
- » Gezielter Einsatz gegen Trickdiebe und Wohnungseinbrecher.

**Wir wollen Mut zur Wahrheit auch im Umgang mit den negativen Begleiterscheinungen der Zuwanderung**

18 von 44 Orten, die von der Polizei in den vergangenen zehn Jahren als „gefährliche Orte“ eingestuft wurden, liegen in Köln; dies ergab eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion. Unsere Stadt ist damit gefährlicher als jede andere Stadt im Land. Köln hat in der Vergangenheit viele Menschen aus allen Teilen der Welt aufgenommen. Das hat die Stadt an ihre Belastungsgrenze geführt, z. B. am Wohnungsmarkt, aber insbesondere auch in Fragen der öffentlichen Sicherheit. Die aktuellen Zustände am Ebertplatz wie auch an vielen anderen Orten in Köln zeigen uns, dass die unkontrollierte Zuwanderung der letzten Jahre neue Sicherheitsprobleme geschaffen hat. Deshalb braucht Köln eine kompromisslose Abschiedskultur für abgelehnte Asylbewerber. Kriminelle Ausländer sind schnell und konsequent abzuschieben, insbesondere auch um rechtschaffene ausländische und legal in Köln lebende Mitbürger vor Vorurteilen zu schützen.

**Wir fordern:**

- » Unsere Stadt darf nicht die Leidtragende von Fehlentscheidungen aus Brüssel und Berlin sein. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Armutsmigranten aus Südosteuropa, die sehr häufig nicht willens oder in der Lage sind, sich unserem Sozialverhalten anzupassen. Hierüber muss offen gesprochen werden. Wir betrachten Integration, ob vorübergehend oder dauerhaft, in erster Linie als Bringschuld der Zuwanderer.
- » Keine Unterstützung von tendenziösen „Kultureinrichtungen“ und Fördervereinen, die zu Parallel- und Gegengesellschaften führen.
- » Keine Toleranz gegenüber Parallelgesellschaften und energisches Vorgehen gegen damit einhergehende Straftaten: Gewalt gegen Frauen und Minderheiten, Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung Minderjähriger, Bedrohung von „Abtrünnigen“ (Apostasie).
- » Vorgehen gegen zunehmender Vernachlässigung von Gebäuden bzw. Straßenzügen durch städtische Behörden.
- » Aufklärung und Vorgehen gegen offen ausgelebte Gewaltkultur aus falsch verstandener Rücksichtnahme.
- » Duldungen zur Ausnahme machen – Kettenduldungen stoppen.
- » Abschiebungen müssen konsequent betrieben werden.

**Wir wollen Extremismus jeder Art in Köln konsequent bekämpfen**

Die AfD Köln lehnt jede Form des politischen und religiösen Extremismus ab. Wir bekennen uns zum Grundgesetz und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Köln und Deutschland.

**Wir fordern:**

- » Sofortige Schließung des Autonomen Zentrums. Es ist ein Sammelpunkt des gewaltbereiten Linksextremismus in Köln. Laut Landesregierung sind dort vier vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppen untergebracht.
- » Keine finanzielle Unterstützung für extremistische Organisationen.
- » Null-Toleranz-Politik bei Hausbesetzung: In Köln muss jedes besetzte Haus innerhalb von 24 Stunden wieder geräumt sein.
- » Es darf keinerlei Verhandlungen mit Hausbesetzern und anderen Kriminellen geben. Das Recht muss überall und jederzeit durchgesetzt werden. Außerdem darf es nicht zugelassen werden, dass Linksextreme mit Gewalt und militantem Auftreten die politischen Mitwirkungsrechte einzelner politischer Parteien unterdrücken. Die Polizei muss entschlossen die politische Vielfalt in der Stadt sichern.

## 6. Wohnen, Verkehr und Infrastruktur

**Wir wollen den Neubau von Wohnungen in Köln erleichtern**

Milieuschutz- und Zweckentfremdungssatzungen sind kein Bestandteil einer vernünftigen Wohnraumversorgung.

Die Stadtverwaltung prüft derzeit die Einführung wohnungspolitischer Verordnungen, um der Wohnungsknappheit in gefragten Stadtquartieren und damit verbundenen Mietsteigerungen zu begegnen. Durch so genannte Milieuschutz- oder Erhaltungssatzungen sollen Rückbau, Umbau oder Nutzungsänderungen einer Genehmigungspflicht unterworfen werden, darunter der Anbau von Balkonen, Einbau eines Gäste-WC usw.



Diese Vorgaben behindern den Wohnungsbau in Köln empfindlich und nachhaltig. Die Schutzziele werden nur kurzfristig erreicht werden, langfristig ist eine weitere Verschärfung der Wohnungsknappheit jedoch absehbar. Nicht zuletzt erfordern derartige Verordnungen auch einen hohen Verwaltungsaufwand im Vollzug.

#### Wir fordern:

- » Wohnungsbau verstärken: Den Mangel an Wohnraum kann man nur mit Neubau vermindern, daher müssen Bauprojekte in der gesamten Stadt Priorität haben.
- » Bürokratie muss abgebaut werden, um Bauvorhaben schnell und kosteneffizient durchführen zu können.
- » Vorgaben und Beschränkungen überprüfen und lockern, um Neubau nicht unnötig zu verlangsamen.
- » Steuerliche Vorteile für den Neubau von Wohnraum schaffen. Der Grunderwerbsteuersatz sollte auf 3,5 % (wie in Bayern und Sachsen) gesenkt werden. Diesen ermäßigten Satz könnte man auf Familien mit mindestens einem minderjährigen Kind beschränken, sofern sie selbstgenutztes Wohneigentum erwerben. Da die Gesetzgebungshoheit bei der Grunderwerbsteuer aber beim Land liegt, hat die Kommune keinen direkten Handlungsspielraum. Bei der Grundsteuer kann sie lediglich den Hebesatz senken.
- » Höhenbeschränkungen überprüfen, Verdichtung des Wohnraums in Betracht ziehen.
- » Neue Bauflächen schneller ausweisen und städtisches Grundeigentum wenn möglich dem privaten Wohnungsbau zur Verfügung stellen.
- » Kreative Bauformen ermöglichen (z. B. Parkplätze oder Bestandsgebäude überbauen, gemeinsame Gewerbe- und Wohnprojekte fördern).
- » Staatlichen Wohnungsbau nur in Ausnahmefällen zur Symptombekämpfung einsetzen, Wohnungen in städtischer Hand auf Dauer an die Bewohner veräußern.

#### Wir wollen Gründächer und Dachgärten fördern

Dachgärten tragen neben der Steigerung der Wohnqualität zur Einsparung von Energie, zur Verbesserung des Stadtklimas und zur Reduzierung der Schadstoffbelastung in der Luft bei. Sie stellen in der weitgehend versiegelten Stadtlandschaft nicht nur einen wichtigen Lebensraum für Tiere und Pflanzen, sondern auch einen hochwertigen Raum zur Steigerung der Lebensqualität dar.

#### Wir fordern:

Bei allen neu aufgestellten Bebauungsplänen sind Gründächer und Dachgärten grundsätzlich für zulässig zu erklären – auch in zentralen Bereichen der Innenstadt.

#### Wir wollen eine lösungsorientierte, ideologiefreie Verkehrspolitik

Wir wollen die Verkehrsteilnehmer nicht gegeneinander ausspielen. Vielmehr sind wir alle Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und Nutzer des Nahverkehrs in einer Person. Unsere Verkehrspolitik stellt stets Effizienz und Sicherheit statt Ideologie in den Mittelpunkt. Der Einzelhandel und damit die Innenstadt und andere Zentren sehen sich einer starken Konkurrenz durch Online-Händler ausgesetzt. Auch die Corona-Krise macht ihnen zu schaffen. Um attraktiv für Kunden aus dem Umland und den abgelegeneren Stadtbezirken zu sein, müssen die Händler weiterhin gut mit dem Auto erreichbar sein. Eine Politik, die Autofahrer aus den Innenstädten vertreibt, gefährdet den Einzelhandel und lässt unsere Innenstädte veröden. Wir lehnen sie daher entschieden ab.



**Wir fordern:**

- » Vorausschauende Baustellensteuerung sowie deutliche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur.
- » Der Verkehrsfluss muss gefördert und nicht ausgebremst werden. „Grüne Wellen“ sind zu ermöglichen. Ideologische Ideen wie die „Pförtnerampel“, überdimensionierte Fahrrad-Autobahnen und sinnlose autofreie Zonen lehnen wir ab.
- » Ausbau der Radwege und vor allem deren Instandhaltung in einer rationalen und förderlichen Art und Weise.
- » Neuen Parkraum schaffen statt bestehenden immer weiter abzuschaffen. Neue Lösungen müssen hier unvoreingenommen in Betracht gezogen werden.
- » Mehr mobile Verkehrskontrollen statt fester Blitzer. Problembereiche auf Kölns Straßen müssen gezielt und konsequent von Polizei und Ordnungsamt kontrolliert werden. Feste Blitzer können Personal auf der Straße nicht ersetzen.
- » Ausbau des ÖPNV auch in die Außenbereiche der Stadt sicherstellen, neue Wohngebiete abdecken.
- » Die Attraktivität des ÖPNV durch gezielte Investitionen in Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Sicherheit und Sauberkeit steigern, Park&Ride ermöglichen.

## 7. Umwelt und Klima

**Wir sind für Umweltschutz, lieben die Natur unserer rheinischen Heimat und möchten sie hegen und bewahren – ein urkonservatives Anliegen**

Köln hat als eines der wichtigsten Oberzentren in Nordrhein-Westfalen ein besonderes Interesse an der Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutz.

Derzeit findet eine Erderwärmung statt. Den Klimawandel hat es schon immer gegeben. Darüber sollten wir aber nicht in Hysterie verfallen. Kindern darf nicht suggeriert werden, dass die Welt untergeht. Es dürfen keine hochsubventionierten Transformationsprozesse erzwungen werden, die den Wohlstand in Deutschland bedrohen, den Individualverkehr lokal erschweren und global gesehen keinen messbaren Nutzen haben. Auch Köln hat auf Druck der Grünen den sogenannten „Klimanotstand“ ausgerufen – wir lehnen dies als reine Symbolpolitik ab.

**Wir fordern:**

- » In Bebauungsgebieten sind ausreichend Frischluftschneisen einzuplanen.
- » Außerdem befürworten wir weitere umweltfreundliche Maßnahmen wie Baumpflanzungen, zusätzliche Grünflächen und die Regenwassernutzung zur Kühlung.
- » Zum nachhaltigen Umweltschutz gehört, Wälder wie den Königsforst an sich ändernde klimatische Bedingungen anzupassen. Heimische Wälder müssen zukunftssicher gemacht werden, indem der Baumbestand sukzessive auf Arten umgeforstet wird, die ein wärmeres Klima und größere Dürreperioden vertragen und widerstandsfähiger gegenüber dem Borkenkäfer sind. Darüber hinaus befürworten wir Aufforstungen, um naturraumtypische Biotop zu erhalten. Die AfD steht für konkreten Umweltschutz – aber konsequent gegen die Weltrettungsfantasien der Klimahysteriker.
- » Nur die AfD traut sich, die gegenwärtige Klimahysterie kritisch zu hinterfragen. Geldausgaben für den sogenannten „Klimaschutz“ lehnen wir aufgrund ihrer globalen Wirkungslosigkeit als Geldverschwendung ab. Die AfD befürwortet jedoch nachhaltige Investitionen, die die Infrastruktur an sich ändernde klimatische Bedingungen anpassen.

## 8. Gesundheit und Pflege

Gesundheit, körperliches und seelisches Wohlergehen sind für die AfD wichtig.

### Optimierung der Städtischen Kliniken

In Köln gibt es eine überdurchschnittliche Krankenhaus- und Bettendichte. Innerhalb der Städtischen Kliniken beträgt die Entfernung zwischen den Krankenhäusern Holweide und Merheim z. B. weniger als drei Kilometer, wobei beide Häuser Probleme in der Kapazitätsauslastung haben.

#### Wir fordern:

Die Struktur der Kölner Krankenhäuser so zu optimieren, dass Bettenüberhänge reduziert werden. Hier sollte das Ziel sein, Kompetenzzentren zu bilden (z.B. Merheim) und im Gegenzug kleinere Häuser in der näheren Umgebung zu schließen (z.B. Holweide). Das Personal ist in die Kompetenzzentren zu übernehmen. Freigesetzte Gebäudeobjekte sind dem Wohnungsbau zuzuführen.

### Pflegenotstand in Köln

Die Gesellschaft in Deutschland wird immer älter, zudem steigt auch der Pflegebedarf. Die Generation 70+ ist diejenige, die unseren heutigen Wohlstand begründet hat. In Köln fehlt es massiv an Alten- und Pflegeplätzen und qualifiziertem Pflegepersonal.

#### Wir fordern:

- » Die Versorgung derjenigen, deren Lebensleistung unsere Grundlage ist, möglichst flächendeckend auszubauen.
- » Qualitätsmanagement-Richtlinien vom Gesundheitsamt überprüfen lassen, ebenfalls die Hygienerichtlinien.
- » Initiativen starten, um die Pflegeberufe attraktiver zu machen.

### Pandemie- und Krisenpläne überarbeiten

Der Coronavirus SARS CoV-2 hat uns vor Augen geführt, wie angreifbar unsere Gesellschaft ist. Es können auch andere Katastrophenszenarien eintreten, z. B. Terroranschläge, flächendeckende mehrtägige Stromausfälle oder Naturkatastrophen.

#### Wir fordern:

Es ist Vorsorge zu treffen, damit sich Engpässe bei Schutzausrüstungen und wichtigen Gütern nicht wiederholen. Die Kölner Krankenhauslandschaft ist so auszugestalten, dass sie für Notsituationen ausreichend gewappnet ist.

## Herausgeber:

AfD Köln  
Sprecher Christer Cremer  
c/o AfD NRW  
Gladbecker Str. 5  
40472 Düsseldorf

## Mehr erfahren:

 [fb.com/AfDKoeln](https://fb.com/AfDKoeln)

 [@AfDKoeln](https://twitter.com/AfDKoeln)

 [@afdkvkoeln](https://www.instagram.com/afdkvkoeln)

 [kontakt@afd.koeln](mailto:kontakt@afd.koeln)

 [www.afd.koeln](http://www.afd.koeln)

Köln  
zuliebe 

**AfD**  
Köln 

